

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Nr. 1268, Ruben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Postkonten: Fährliche Staatsbank,
Dresden, Haupt & Wobler, Ange-
sicht u. Beamten, W. u. Dresden,
Wehrbrüder, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß Dritter, behält der Besitzer der Dresdner Volkszeitung seinen Vorbehalt auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Preisvermerk: mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Deutsches Volk“ monatlich 2,40 M., einzeln 45 Pf., Ferner: 10 M. für den „Sonntag“ 2 M., einzeln 35 Pf., Ferner: 10 M. für den „Sonntag“ 1,00 M., auswärts Post- und Befreiungsgeld.

Schriftleitung: Wetzlarweg 10, Fernsprecher Nr. 25 201. **Ver-
waltung:** Wetzlarweg 10, Fernsprecher Nr. 25 201 u. 12 707.
Geschäftszeit von 7 Uhr bis 5 Uhr, nachmittags
Telegraphische Adressen: Dresdner Volkszeitung

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Normzeile 35 Pf., die
90 mm breite Reklamzeile 2 M., für auswärts 40 Pf. u. 2,50 M.,
abzüglich Briefporto laut Tarif. Familienanzeigen, Stellen- u.
Mietgesuche 20 Pf. netto. Für Briefmarken 10 Pf. Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 132

Dresden, Mittwoch, den 8. Juni 1932

43. Jahrgang

Nazis für Notverordnungen

Papens volksfeindliche Pläne: Herunter mit den Unterstützungen

Die ungeheuerlichen Monofel

Herr von Papen, Schattenkanzler des Kabinetts der Nazibarone, hat wie wir bereits berichtet haben, den Präsidenten des Preussischen Landtags Herrl, brieflich um baldige Einberufung des Landtags ersucht. Trotz seiner Feindschaft gegen die „Parlamentsdemokratie“ wünscht er in Preußen möglichst bald eine parlamentarische Regierung, weil ihm das Geschäft der gegenwärtigen geschäftsführenden Regierung Herrl nicht passt. Die Nazibarone haben mit ihrem Brief einen äußerst bedenklichen Weg beschritten, einen Weg,

der mit Gesetz und Verfassung unvereinbar ist.

Das Reich hat nicht mit den Landtagen der einzelnen Länder bzw. mit deren Präsidenten zu verfahren, sondern ausschließlich mit deren Regierungen. Doch die preussische Regierung zur Zeit nur eine geschäftsführende ist, entweder sogar Herr von Papen nicht der Verpflichtung, seine und seiner Auftraggeber Wünsche bezüglich Preußen an die geschäftsführende Regierung — und nur an dieselbe — zu richten. Der Zustand geschäftsführender Minderheitsregierungen, die nur deshalb nicht ersetzt werden können, weil keine arbeitsfähige Koalitionsmehrheit vorhanden ist, die einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen vermag, besteht in Preußen erst seit den Neuwahlen. Aber ein ähnlicher Zustand herrscht schon seit Monaten, ja zum Teil sogar schon seit Jahren in einer ganzen Reihe von anderen Ländern, so in Bayern, in Sachsen, in Hessen, in Hamburg und in Württemberg. Noch nie ist es einer Reichsregierung eingfallen, bei ihrem Verkehr mit diesen Ländern

die geschäftsführenden Regierungen zu übergehen

und sich etwa an die Präsidenten der Länderparlamente zu wenden. Wenn die von der Schwerindustrie ausgehaltene Deutsche Allgemeine Zeitung, die neuerdings als offizielles Blatt der Nazibarone angesprochen werden darf, trotzdem den traurigen Mut besitzt, den Schritt der Nazibarone damit zu begründen, daß der Landtagspräsident gegenwärtig die „einzig verfassungsmäßige vollgültige Stelle“ in Preußen sei, so ist das ebenso dreist wie unwarhaft. Einstweilen ist Herrl nur auf vier Wochen gewählt, und es hängt schließlich von den Kommunisten ab, ob er in vierzehn Tagen als Landtagspräsident bestatigt wird. Aber ganz abgesehen davon, stellt die Verfassung der Deutschen Allgemeinen Zeitung einen Versuch dar, die Verfassungsmäßigkeit der geschäftsführenden Regierung Preußens zu verneinen und damit auch die

Verfassungsmäßigkeit der gegenwärtigen Regierungen Bayerns, Sachsens usw.

Die Regierung der Nazibarone, hinter der überhaupt nichts steht, jedenfalls viel weniger als hinter irgendeiner geschäftsführenden Landesregierung, hat am allerwenigsten das Recht, sich auf hohe Foh zu setzen, zumal ihre eigene Entscheidung zumindest mit dem Geist der Reichsverfassung in Widerspruch steht. Der Konflikt, den sie nicht nur mit Preußen, sondern mit den meisten deutschen Ländern heraufzubeschwören gedenkt, kann unabsehbare Folgen nach sich ziehen. Das preussische Staatsministerium hat gegen den Schritt Papens bei Herrl bereits schärfste Verwahrung eingelegt.

Der eigentliche Zweck des Briefes der Nazibarone an Herrl ist zweifellos, die Möglichkeiten zur Einsetzung eines Reichskommissars zu fördern. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß eine derartige Maßnahme unter den obwaltenden Umständen verfassungswidrig wäre. Nachdem die Nazibarone dennoch den Versuch, sich auf Preußen durch den Bruch der Reichsverfassung irgendwelchen Einfluß zu verschaffen, so könnten sie eine für sie recht blamable Ueberraudung erleben. Nebenfalls ist die preussische Staatsregierung zur äußersten Wehr entschlossen.

Das Reich verweigert finanzielle Hilfe

Die am Dienstag zwischen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung geführten Verhandlungen über die Ueberweisung eines Betrages von 100 Millionen Mark durch das Reich an Preußen sind negativ verlaufen.

Die preussische Staatsregierung wird nunmehr den Etat auf dem Wege der Notverordnung in Kraft setzen und den Forderungsausgleich veranlassen. Nachdem das Reich sich geweigert hat, die ausstehenden 100 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, ist die preussische Staatsregierung gezwungen, selbst Mittel zum Ausgleich des Etats zu beschaffen. Eine entsprechende Entscheidung ist am Mittwoch zu erwarten.

Weiterkeit in Württemberg

Stuttgart, 7. Juni. (Eig. Drahtb.) In der Dienstag-Sitzung des Württembergischen Landtages erlebten die Nationalsozialisten einen bösen Einfall.

Vor zwei Wochen hatten die Nazis einen Antrag eingebracht: „bei der Reichsregierung und im Reichsrat sofort schärfsten Einspruch gegen die geplanten neuen Notverordnungen der Reichsregierung zu erheben“. Trotz der offensichtlichen Dringlichkeit dieses Antrages taten die Nationalsozialisten nichts, um den zu ihrer eigenen Partei gehörenden Präsidenten zu veranlassen, den Antrag zur Beratung zu stellen. Es war offensichtlich, daß sie diesen Antrag nicht aus sachlichen, sondern aus Agitationsgründen und mit der Spitze gegen die Regierung Brüning gestellt hatten. Nach dem Amtsantritt der Regierung Papen wollten sie nichts mehr von der Sache wissen, obwohl aus der Erklärung der neuen Reichsregierung klar hervorgeht, daß sie die wesentlichsten Bestandteile der von Brüning entworfenen Verordnung, vor allem, soweit dadurch die sozialen Leistungen her-

abgesetzt werden sollen, gleichfalls zu verfeindeten beabsichtigt.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragte daher am Dienstag, den nationalsozialistischen Antrag sofort zur Beratung zu stellen, da er sonst unwirksam bleiben würde. Der Nazipräsident und die nationalsozialistische Fraktion kamen in die größte Verlegenheit. Der Fraktionsvorsitzende Abg. Kurr begann ein flagranter Gestammel. Die Regierung Papen würde niemals so unsoziale und volksfeindliche Maßnahmen treffen wie die Regierung Brüning. Die nationalsozialistische Fraktion zieht deshalb ihren Antrag als „Agenstandlos“ zurück.

Unter dem fürmlichen Gelächter des Hauses hatten die Nazis einen ihrer stärksten Agitationsblätter selbst über Bord geworfen. Sie haben sich mit ihrer Aundachtung zugleich einer Regierung ausgeliefert, die in jeder Beziehung das reaktionärste Gebilde ist, das in Deutschland jemals regiert hat. Dieser Rückzieher bedeutet das erste nationalsozialistische Vertrauensvotum für das Kabinett der Kraut- und Schlotjunfer.

Sozialreformer protestieren - die Hitlerleute tolerieren

Die Regierung Papen ist eifrig an der Arbeit, um das Wohnumachen, was sie in ihrer Kriegserklärung gegen das deutsche Volk angekündigt hat. Ueber die Absichten der Regierung wird aus Berlin folgendes gemeldet:

Die Idee einer Zusammenlegung der verschiedenen Versicherungsarten sei in den Hintergrund getreten gegenüber der Absicht der Reichsanhalt, die Kontrolle zu belassen, die Gemeinden aber härter heranzugreifen und vor allem

die Unterstüßungsfälle, die in den einzelnen Versicherungsarten zwischen 54 und 50 M. im Durchschnitt lägen, weiter zu senken. Die Ersparnisse, die dadurch ermöglicht würden, seien sehr beträchtlich.

Von der sofortigen Einführung einer Beschäftigungsprüfung sei Abstand genommen worden. Das Kabinett werde nicht die ursprünglich geplante Beschäftigungssteuer einführen, aber eine ähnliche, vielleicht nur anders benannte und statt auf 1 1/2 Prozent nur auf 1 Prozent bemessene Abgabe, die gleichfalls von allen Beamten und sonstigen Beschäftigten erhoben werde. Der neue Etat werde in einer besonderen Notverordnung geregelt.

Die Regierung will also die Unterstüßungen bei der Arbeitslosenversicherung und wahrscheinlich auch bei der Invalidenversicherung noch in höherem Maße abbauen, als das die Regierung Brüning beabsichtigt hatte. Nach der Theorie von der Zermürbung des deutschen Volkes durch Wohlfahrtsstaat und Staatssozialismus kann ja der Abbau gar nicht weit genug gehen. Es soll bisher in Deutschland törichte Leute gegeben haben, die sich einbildeten, daß die tiefe Not, unter der insbesondere die Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen leiden, große Teile unseres Volkes geistig und körperlich ermürbe. Papen weiß es besser. Es geht auf diesen Leuten noch viel, viel zu gut, darum runter mit den Unterstüßungsfällen. Je größer der Hunger, um so besser, je eher wird das deutsche Volk wieder „erstarken“. Das ist nun einmal die Meinung der Hitler-Barone in der Regierung. Alles Leute, die nie die Not des Lebens gekannt, die zu einem großen Teil wohlbestallte Schloßbesitzer sind. Was bleibt der Regierung Papen auch anderes übrig, als an den Armen und Notleidenden zu sparen. Auf ihr lastet die große Sorge, was aus den armen ostelbischen Junkern wird. Eine neue Liebesgabe ist, wie gemeldet wird, geplant. Es soll bestimmt werden, daß in Zukunft dem Motorerreibstoff 10 Prozent Kartoffelspiritus beigegeben werden müssen, damit die Kartoffelbarone des Ostens ihren Spiritus besser absetzen können. Daraus ergibt sich zwar eine Verteuerung des Liters Benzin um 2 Pf., die übrige Wirkkraft wird auf diese Weise belastet, aber was tut das, für die Barone in der Reichsregierung ist eben die Hauptsache, daß ihre Standesgenossen ein gutes Geschäft machen.

Bei der Art Regierung, mit der die Papen-Regierung nun beginnt, müssen immer weitere Kreise des deutschen Volkes einsehen, welche ungeheure Gefahr diese Junkergesellschaft auf Ministerstühlen für das deutsche Volk ist. Die Gesellschaft für soziale Reform, der neben Vertretern der Gewerkschaften vor allem bürgerliche Sozialpolitiker angehören und die am Dienstag in einer Tagung in Berlin zum Problem der Erwerbslosensjugend Stellung nahm, hat an der Regierungserklärung Papens scharfe Kritik geübt, obwohl der neue Reichsarbeitsminister selbst Mitglied der Gesellschaft ist. Der Vorsitzende

„Nachkriegsregierungen... Staat zur Wohlfahrtsanstalt gemacht... damit moralischen Kräfte des Volks geschwächt.“ (Regierungserklärung von Papen)



„Und wenn ihr künftig keine Unterstüßung mehr erhaltet, so geschieht dies nur zur Stärkung eurer moralischen Kräfte!“

alle
den,
t viel
ere in

ab 10.
bunat
leben.
r dem
Um-
statat